

Informationsschreiben nach Artikel 13 der EU-Verordnung 679/2016 (Datenschutz – Grundverordnung) bei Erhebung von personenbezogenen Daten und Weiterverarbeitung dieser Daten Ausführung des Dienstleistungsvertrages

Prämisse

Die Garfidi Garantiegenossenschaft Südtirol ist der Auffassung, dass die Achtung der Rechte der betroffenen Person und die rechtmäßige und ordnungsgemäße Verwendung ihrer personenbezogenen Daten von größter Bedeutung sind. Das Unternehmen hat die Vorgaben der EU – Verordnung übernommen, indem es die Angaben des Datenschutzbeauftragten zentralisiert und die Behandlung der Daten nach den Grundsätzen der Transparenz und Konformität durchführt. Aufgrund der EU – Verordnung 679/2016 ist die Garfidi Garantiegenossenschaft Südtirol, Inhaber der Daten, mit Sitz in 39100 Bozen, Schlachthofstraße 30/C, verpflichtet, einige Angaben bezüglich der Verwendung personenbezogener Daten zu machen.

Diese Informationsschrift weist den Betroffenen darauf hin, wer und wie seine Daten verarbeitet werden, auf die mögliche Verpflichtung Informationen oder Produkte/Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen und an wem er sich zur Klärung oder zur Ausübung, der in den geltenden Datenschutzbestimmungen vorgesehenen Rechte, wenden soll.

Datenquellen und Art der behandelten Daten

Die personenbezogenen Daten können im Zusammenhang mit den vertraglichen Verpflichtungen, für die Erbringung der im Vertrag aufgeführten Dienstleistungen und zur Erfüllung gesetzlicher, steuerlicher und buchhalterischer Verpflichtungen direkt vom Betroffenen erhoben werden.

Diese Daten werden unter Beachtung der Datenschutzgesetze nach den Grundsätzen der Transparenz und Rechtmäßigkeit verarbeitet.

Bereitstellung der Daten und Folgen der Nichtbereitstellung

Die Datenübermittlung ist für die Verarbeitung, die das Unternehmen zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber dem Betroffenen auf der Grundlage eines bestehenden Vertrages durchführen muss, sowie gesetzlicher Verpflichtungen, Regeln und Vorschriften, zwingend vorgeschrieben. Die Nichtbereitstellung dieser Daten kann es der Garfidi Garantiegenossenschaft Südtirol unmöglich machen, die bestehende Beziehung aufrechtzuerhalten.

Zweck der Datenverarbeitung

Die Daten werden im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit der Organisation und zu bestimmten Zwecken verarbeitet. Beabsichtigt der Inhaber die personenbezogenen Daten zu einem anderen Zweck als dem, für den sie erhoben wurden, weiterzuverarbeiten, wird er dem Betroffenen vorab alle erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen und gegebenenfalls seine Einwilligung erneut einholen.

Die Daten werden zu folgenden Zwecken erhoben:

- Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen (berechtigtes Interesse des Verantwortlichen)
- Erfüllung der steuerlichen und buchhalterischen Pflichten in Übereinstimmung mit den geltenden Rechtsvorschriften (berechtigtes Interesse des Verantwortlichen)

Verfahren zur Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt mittels manuellen und elektronischen Tools, die die Sicherheit und Vertraulichkeit der Daten gewährleisten. Dokumente werden sowohl elektronisch als auch in Papierform archiviert. Einige wichtige Informationen:

- Die Erhebung personenbezogener Daten ist auf das für den jeweiligen Verarbeitungszweck erforderliche Minimum beschränkt.
- Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist auf die Zwecke beschränkt, für die sie erhoben wurden.
- Die Speicherung personenbezogener Daten ist auf das für den jeweiligen Verarbeitungszweck erforderliche Minimum beschränkt.
- Die Daten werden nicht an Dritte weitergegeben oder ins Ausland übertragen.

Personen, die an der Datenverarbeitung beteiligt sind

- Angestellte und freie Mitarbeiter, die aufgrund ihrer Tätigkeit befugt sind, die Daten zu verarbeiten. Für den Fall, dass diese Angestellten und freien Mitarbeiter als Systemadministratoren die Daten mittels IT – Systeme verarbeiten, werden sie entsprechend der Maßnahme der Datenschutzbehörde vom 27. November 2008, geändert durch die Maßnahme vom 25. Juni 2009, behandelt.
- Das Finanzamt zur Erfüllung steuerlicher und buchhalterischer Pflichten.
- Unternehmensberater (im juristischen, steuerlichen und/oder buchhalterischen Bereich) zur Erfüllung steuerlicher und/oder buchhalterischer Pflichten.

Ausübung der Rechte des Betroffenen

Die betroffene Person kann jederzeit ihre Rechte gegenüber dem Dateninhaber oder dem für die Verarbeitung der Daten Verantwortlichen geltend machen, gemäß Kapitel III, Rechte der betroffenen Person, Artikel 12 – 21 der EU – Verordnung 679/2016. Die Anträge können direkt beim Inhaber, telefonisch oder schriftlich per E-Mail eingereicht werden.

Folgende Rechte dürfen ausgeübt werden:

—— Anfang Zitat ——

Art. 15 – Auskunftsrecht der betroffenen Person

1. Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf folgende Informationen:
 - a) die Verarbeitungszwecke;
 - b) die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden;
 - c) die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, insbesondere bei Empfängern in Drittländern oder bei internationalen Organisationen;
 - d) falls möglich die geplante Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer;

- e) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
 - f) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
 - g) wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten;
 - h) das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Artikel 22 Absätze 1 und 4 und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.
2. Werden personenbezogene Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt, so hat die betroffene Person das Recht, über die geeigneten Garantien gemäß Artikel 46 im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.
 3. Der Verantwortliche stellt eine Kopie der personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind, zur Verfügung. Für alle weiteren Kopien, die die betroffene Person beantragt, kann der Verantwortliche ein angemessenes Entgelt auf der Grundlage der Verwaltungskosten verlangen. Stellt die betroffene Person den Antrag elektronisch, so sind die Informationen in einem gängigen elektronischen Format zur Verfügung zu stellen, sofern sie nichts anderes angibt.
 4. Das Recht auf Erhalt einer Kopie gemäß Absatz 3 darf die Rechte und Freiheiten anderer Personen nicht beeinträchtigen.

Art. 16 – Recht auf Berichtigung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung hat die betroffene Person das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

Art. 17 – Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“)

1. Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:
 - a) Die personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
 - b) Die betroffene Person widerruft ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a oder Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
 - c) Die betroffene Person legt gemäß Artikel 21 Absatz 1 Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder die betroffene Person legt gemäß Artikel 21 Absatz 2 Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
 - d) Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
 - e) Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.

- f) Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Artikel 8 Absatz 1 erhoben.
2. Hat der Verantwortliche die personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und ist er gemäß Absatz 1 zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass eine betroffene Person von ihnen die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt hat.
3. Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist
 - a) zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
 - b) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
 - c) aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Artikel 9 Absatz 2 Buchstaben h und i sowie Artikel 9 Absatz 3;
 - d) für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gemäß Artikel 89 Absatz 1, soweit das in Absatz 1 genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
 - e) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Art. 18 – Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

1. Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:
 - a) die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von der betroffenen Person bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen,
 - b) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und die betroffene Person die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnt und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangt;
 - c) der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, die betroffene Person sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt, oder
 - d) die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Artikel 21 Absatz 1 eingelegt hat, solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
2. Wurde die Verarbeitung gemäß Absatz 1 eingeschränkt, so dürfen diese personenbezogenen Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Einwilligung der betroffenen Person oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

3. Eine betroffene Person, die eine Einschränkung der Verarbeitung gemäß Absatz 1 erwirkt hat, wird von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

Art. 19 – Mitteilungspflicht im Zusammenhang mit der Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten oder der Einschränkung der Verarbeitung

Der Verantwortliche teilt allen Empfängern, denen personenbezogenen Daten offengelegt wurden, jede Berichtigung oder Löschung der personenbezogenen Daten oder eine Einschränkung der Verarbeitung nach [Artikel 16](#), [Artikel 17](#) Absatz 1 und [Artikel 18](#) mit, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Der Verantwortliche unterrichtet die betroffene Person über diese Empfänger, wenn die betroffene Person dies verlangt.

Art. 20 – Recht auf Datenübertragbarkeit

1. Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern
 - a) die Verarbeitung auf einer Einwilligung gemäß [Artikel 6](#) Absatz 1 Buchstabe a oder [Artikel 9](#) Absatz 2 Buchstabe a oder auf einem Vertrag gemäß [Artikel 6](#) Absatz 1 Buchstabe b beruht und
 - b) die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.
 - c)
2. Bei der Ausübung ihres Rechts auf Datenübertragbarkeit gemäß Absatz 1 hat die betroffene Person das Recht, zu erwirken, dass die personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist.
3. Die Ausübung des Rechts nach Absatz 1 des vorliegenden Artikels lässt [Artikel 17](#) unberührt. Dieses Recht gilt nicht für eine Verarbeitung, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.
4. Das Recht gemäß Absatz 1 darf die Rechte und Freiheiten anderer Personen nicht beeinträchtigen.

Art. 21 – Widerspruchsrecht

1. Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von [Artikel 6](#) Absatz 1 Buchstaben e oder f erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
2. Werden personenbezogene Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, so hat die betroffene Person das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das

Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht.

3. Widerspricht die betroffene Person der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden die personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet.
4. Die betroffene Person muss spätestens zum Zeitpunkt der ersten Kommunikation mit ihr ausdrücklich auf das in den Absätzen 1 und 2 genannte Recht hingewiesen werden; dieser Hinweis hat in einer verständlichen und von anderen Informationen getrennten Form zu erfolgen.
5. Im Zusammenhang mit der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft kann die betroffene Person ungeachtet der Richtlinie 2002/58/EG ihr Widerspruchsrecht mittels automatisierter Verfahren ausüben, bei denen technische Spezifikationen verwendet werden.
6. Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die sie betreffende Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken gemäß Artikel 89 Absatz 1 erfolgt, Widerspruch einzulegen, es sei denn, die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe erforderlich.

Art. 22 – Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling

1. Die betroffene Person hat das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die ihr gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt.
2. Absatz 1 gilt nicht, wenn die Entscheidung
 - a) für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags zwischen der betroffenen Person und dem Verantwortlichen erforderlich ist,
 - b) aufgrund von Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten, denen der Verantwortliche unterliegt, zulässig ist und diese Rechtsvorschriften angemessene Maßnahmen zur Wahrung der Rechte und Freiheiten sowie der berechtigten Interessen der betroffenen Person enthalten oder
 - c) mit ausdrücklicher Einwilligung der betroffenen Person erfolgt.
3. In den in Absatz 2 Buchstaben a und c genannten Fällen trifft der Verantwortliche angemessene Maßnahmen, um die Rechte und Freiheiten sowie die berechtigten Interessen der betroffenen Person zu wahren, wozu mindestens das Recht auf Erwirkung des Eingreifens einer Person seitens des Verantwortlichen, auf Darlegung des eigenen Standpunkts und auf Anfechtung der Entscheidung gehört.
4. Entscheidungen nach Absatz 2 dürfen nicht auf besonderen Kategorien personenbezogener Daten nach Artikel 9 Absatz 1 beruhen, sofern nicht Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a oder g gilt und angemessene Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Freiheiten sowie der berechtigten Interessen der betroffenen Person getroffen wurden.

—— Ende Zitat ——

Sollte ein Antrag zu den oben genannten Rechten eingereicht werden, verpflichtet sich der Inhaber innerhalb von 30 Tagen eine Rückmeldung zu geben und falls es nicht möglich ist diese Frist einzuhalten, eine Verlängerung der Frist zu begründen. Die Rückmeldung ist kostenlos, es sei denn, es handelt sich um einen grundlosen Antrag (z.B. es liegen keine Daten der betroffenen Person vor) oder es werden übermäßige Anträge gestellt. In diesem Fall kann eine Gebühr in Rechnung gestellt werden, die die tatsächlich angefallenen Kosten für die durchgeführte Suche nicht übersteigt.

Die betroffene Person hat das Recht eine Beschwerde beim Datenschutzbeauftragten unter folgender Adresse einzureichen:

Schlachthofstraße 30/C
I-39100 Bozen (BZ)
Telefon: +39 0471 057 555
Fax: +39 0471 057 556
E-Mail: info@garfidi.it
PEC: garfidi.garantiegenossenschaftsuedtirol@pec.it